

Nach der kommunalen Gebietsreform 1975 hat NRW den kreisfreien Städten mit einer Funktionalreform gesetzlich vorgeschrieben, Bezirksvertretungen zu bilden, um Bürgerbeteiligung und bürgernahe Arbeit in der Selbstverwaltung zu stärken. Man wollte nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen mehr Demokratie wagen.

Stadtteilparlamente tragen wesentlich dazu bei, dass Politik nah am Bürger bleibt, ganz konkret vor Ort Probleme aufgreift und

### Aus den Veedeln wächst die Stadt

Lösungsvorschläge erarbeitet. Darum sind Bezirksvertretungen ein wichtiges Element kommunaler Selbstverwaltung, das sich in den letzten fast 35 Jahren bewährt hat.

Seit 1994 wird den Bezirksvertretungen durch die Novelle der Gemeindeordnung das Recht eingeräumt, über einen Teil der bezirksorientierten Haushaltsmittel selbst zu entscheiden. Anfangs bekam jede Bezirksvertretung rund 150.000 DM zur Verfügung gestellt, umgerechnet knapp 700.000 Euro für alle Stadtbezirke zusammen. Bis zum Jahr 2002 stieg diese Summe auf 769.100 Euro an. Als 2004 nur noch 560.000 Euro für die Bezirke im Haushalt vorgesehen waren, kam es im Rat zum Beschluss: „Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung der Haushaltspläne – beginnend mit dem Haushaltsjahr 2005 – schrittweise die Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes, über die die Bezirksvertretungen ... entscheidungsbefugt sind, zu erhöhen.“ Seit 2007 erreichen die bezirksbezogenen Mittel wenigstens wieder das Niveau von 2004.

Als DIE LINKE. im März 2009 mit ihrem Antrag zur „Stärkung der Stadtbezirke“ an diesen Beschluss erinnerte, mussten die Grünen „zu ihrer Schande eingestehen“, dass es ihnen zu spät aufgefallen sei, dass der obige Beschluss von der Verwaltung im Halbjahresbericht über das erste Halbjahr 2007 für erledigt erklärt worden war. Sie forderten die Verwaltung auf, erneut in die Prüfung zu gehen „und dieses Prüfergebnis in absehbarer Zeit dem Rat und den zuständigen Ausschüssen zu präsentieren.“

weiter Seite 2

## Europäischer Gerichtshof verurteilt Messedeal Jetzt Esch-Oppenheim zur Kasse bitten!

Am 29. Oktober hat der Europäische Gerichtshof das Geschäft der Stadt Köln mit dem Esch-Oppenheim-Fonds für rechtswidrig erklärt. Der Fonds errichtete die Messehallen-Nord, die Stadt Köln verpflichtete sich, sie 30 Jahre zu mieten. DIE LINKE. hat immer wieder kritisiert, das bewusst ein Projektpartner mit einem überbeuerten Angebot gewählt wurde. Dabei ist der Stadt und damit den Kölnerinnen und Kölnern ein Schaden von ca. 370 Mio. Euro entstanden.

Das Urteil ist eine glatte Ohrfeige für die Rechtsauffassung der Verantwortlichen in Rat und Verwaltung und ein enormer Imageschaden für die Stadt Köln. Es gab keine Ausschreibung, nicht einmal einen wirklichen Vergleich der verschiedenen Angebote. Der Esch-Oppenheim-Fonds stand faktisch von Beginn an als Vertragspartner fest. So wurde der Haushalt der Stadt Köln

und damit die Bürgerinnen und Bürger zugunsten von privaten Investoren ausgeplündert, und zwar mit Tricks und Methoden, die die Grenze zur Korruption überschreiten.

Nun müssen alle Fakten auf den Tisch. Die Verträge müssen rückabgewickelt werden. Der reale Wert der Messehallen muss ermittelt bzw. veröffentlicht werden. Das ist für die Höhe der Mietzahlungen bzw. einem möglichen Rückkauf durch die Stadt zwingend notwendig. Ein Wertgutachten, erstellt für die Sparkasse, existiert. Der Verwaltungsrat der Sparkasse, in dem Ratsmitglieder sitzen – DIE LINKE. ist nicht vertreten – darf und sollte es auch in dieser Hinsicht nutzen.

Im Ergebnis muss die Kölnmesse GmbH Hallen zur Verfügung bekommen, ohne dass sich Investoren daran bereichern können. *Fortsetzung Seite 2*



Am 1. November demonstrierte die Belegschaft der Bauer-Druckerei gegen die drohende Verlagerung des Betriebes von Niehl nach Osteuropa. Die Mitgliederversammlung der LINKEN hatte einen Tag zuvor einstimmig eine Solidaritätserklärung verabschiedet. Schon 2005 hatte die Fraktion die drohende Vernichtung von Arbeitsplätzen im Rat zur Sprache gebracht.

Es war kein gutes Jahr für die Sparkasse KölnBonn. Im Frühjahr geriet die Sparkasse durch umstrittene Beraterverträge in die Schlagzeilen. Im März 2009 musste sie mitteilen, dass sie das Jahr 2008 mit einem Verlust von fast 200 Mio. Euro abgeschlossen hatte. Ursachen waren Wertberichtigungen bei Beteiligungen und Wertpapiereigenanlagen sowie die Belastungen aufgrund der Krise der WestLB.

Bereits Ende 2008 mussten die Städte Köln und Bonn ihre Sparkasse mit einer stillen Einlage in Höhe von 350 Mio. Euro stützen. Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband zeichnete Genussrechte in Höhe von 350 Mio. Euro.

Bis 2001 haftete der jeweilige Träger der Sparkasse unbeschränkt. Diese Gewährträgerhaftung war der Europäischen Kommission ein Dorn im Auge. Mit dem Argument der Wahrung der Wettbewerbsfreiheit klagte die EU-Kommission gegen Deutschland, da die Gewährträgerhaftung den Sparkassen erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen würden, etwa bei den

## Die Sparkasse im Fokus der EU

Refinanzierungskosten. Nach dem Ende des Verfahrens ist die Gewährträgerhaftung gefallen.

Genau in diesem Kontext muss die eingeleitete Untersuchung der EU-Kommission gegen die Sparkasse KölnBonn gesehen werden. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Emission von Genussrechten und die stille Einlage als staatliche Beihilfe zu bewerten sei, da aufgrund der Marktlage kein Kapitalgeber eine solche Investition getätigt hätte. Ergo gilt Beihilferecht und damit sei diese nur zulässig, wenn die langfristige Rentabilität der Spar-

kasse KölnBonn gesichert sei. Erfolge solle dies durch entsprechende Umstrukturierungen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Sparkasse trägt eine gehörige Mitschuld an ihrer jetzigen Lage. Statt sich auf die Region zu beschränken, wollte auch die Sparkasse KölnBonn ein Global Player werden und hat sich zu Lasten der BürgerInnen der Städte Köln und Bonn verzoget. Trotzdem steht DIE LINKE. an der Seite der Sparkasse und wird sich den Neoliberalen aus Brüssel kraftvoll in den Weg stellen.

Torsten Löser

## Sparkassenfilialen müssen bleiben!

Die Sparkasse KölnBonn plant zehn Geschäftsstellen in Köln zu schließen. Die Dichte des Filialnetzes ist innerhalb des Stadtgebiets stark unterschiedlich. Im Kölner Norden sowie im rechtsrheinischen Köln liegen die Filialen weiter auseinander als im linksrheinischen Innenstadtbereich und in den südlichen Stadtteilen Sülz, Klettenberg und Lindenthal.

Die geplanten Schließungen würden die ungleiche Verteilung der Filialen verschärfen, da beispielsweise die Filialen Esch, Longerich und Sechzigstraße im Kölner Norden betroffen sind.

Die Sparkasse KölnBonn muss als stadtnahes Unternehmen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge eine ortsnahe Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen vorhalten. Insbesondere

der ältere Menschen und Mitbürgerinnen mit einem Mobilitätshandicap oder Familien mit kleinen Kindern sind auf eine Sparkasse in Wohnortnähe angewiesen. Für Seniorinnen und Senioren ist die Finanzabwicklung oft eine sensible Angelegenheit, die ein persönliches Gespräch mit einer qualifizierten Fachkraft erfordert. Eine unbesetzte Servicestelle ist keine Alternative.

DIE LINKE. lehnt die Schließungen ab. In verschiedenen Bezirksvertretungen hat DIE LINKE. Anträge mit dem Ziel eingebracht, die Sparkassen in den jeweiligen Stadtbezirken zu erhalten. Die Bezirksvertretung Nippes hat sich mehrheitlich für den Erhalt der Sparkassen ausgesprochen und den Dringlichkeitsantrag der LINKEN beschlossen. Jetzt müssen die anderen Bezirksvertretungen nachziehen.

Wenn es gelingt, möglichst viele Menschen in den Stadtteilen für den Erhalt der Filialen zu mobilisieren, wird die Sparkasse einlenken und ihren Auftrag erfüllen müssen: Die Versorgung aller Menschen mit Finanzdienstleistungen, auch in abgelegenen Stadtteilen!

Gisela Stahlhofen



### Fortsetzung von Seite 1 Aus den Veedel wächst die Stadt

Oberbürgermeister Schramma sagte damals: „Wenn seitens des Rates Aufstockungsbedarf besteht, dann kann das natürlich im Rahmen der nächsten Haushaltsplanungen geprüft werden. Ich würde die Kämmerei bitten, Ihnen dazu einen Vorschlag zu unterbreiten.“ Die grüne Fraktionsvorsitzende Moritz machte darauf den Vorschlag, das im Haushalt 2010 zu berücksichtigen.

Tatsächlich schlägt die Verwaltung wieder eine Kürzung der bezirksbezogenen Mittel vor. DIE LINKE. dagegen hält Wort und beantragte nichts weiter, als zumindest wieder die 730.400 Euro des Jahres 2003 – da galt für Köln schon das Haushaltssicherungskonzept – für die Stadtbezirke zu beschließen. Es sei unübersehbar, „dass Bund und Land die kommunale Ebene für eigene Sparaktionen missbrauchen“, sagte der OB bei der Einbringung des Haushaltes. Genau das können aber nun die Bezirke auch der Stadt vorwerfen, nachdem CDU, SPD, FDP und Grüne unseren Antrag ablehnten. Jörg Detjen

### Fortsetzung von Seite 1 EU-Gerichtshof verurteilt Messedeal

Der Rückkauf der Hallen und des Geländes zum Selbstkostenpreis wäre eine saubere Lösung. Bei der Rückabwicklung dieses illegalen Geschäftes wird es Verlierer geben: Die Fonds-Investoren, die Oppenheim-Bank und die verantwortlichen Verwaltungsspitzen, Politiker und „Berater“ müssen für die dubiosen Geschäfte der Vergangenheit zur Verantwortung gezogen werden.

Jedes Mal, wenn DIE LINKE. im Rat vorgeschlagen hat, aus dem sittenwidrigen Vertrag für die Messehallen-Nord auszusteigen, oder auch nur Verhandlungen mit dem Immobilienfonds zu starten, stöhnten die Politiker der etablierten Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne entnervt auf: „nicht möglich“, vollkommen unrealistisch“,

„rechtlich nicht zulässig“ waren gängige Kommentare.

In einem Interview im Kölner Stadt-Anzeiger vom 4. November sprach der von der Stadt als Anwalt beauftragte Vergaberichter Dr. Hertwig davon, dass die Aufhebung des Mietvertrages denkbar ist. Genau das fordert DIE LINKE. seit 2006. Schließlich ist das der Weg zu verhindern, dass sich die privaten Investoren zum Schaden des städtischen Haushaltes und der Bevölkerung bereichern.

Der ehemalige Oberbürgermeister Fritz Schramma ist zusammen mit dem damaligen Kämmerer Soenius der „Vater“ des Messedeals. Jetzt kandidiert er noch einmal für den Aufsichtsrat der Messe. Ein Vorgang, der viele Kölner empört. Denn der Schaden, den er angerichtet hat, ist kaum noch zu reparieren.

Jörg Detjen, Claus Ludwig

# Die Mandatsträger der LINKEN im Rat stellen sich vor

## Gisela Stahlhofen



Geboren wurde ich am 6. Februar 1955.

Ich habe zwei mittlerweile erwachsene Söhne. 2003 habe ich die WASG in Köln mitgegründet.

2005-2007 war ich Sprecherin der WASG in Köln. Nach der Fusion stellvertretende Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Diese Funktion gab ich auf, als ich 2009 als frisch gewähltes Ratsmitglied zur Fraktionssprecherin der LINKEN gewählt wurde. Ich werde dem Ausschuss Soziales, Senioren und Wohnen als Mitglied mit beratender Stimme angehören. Dort werde ich u. a. sinnvolle Sozialraumprojekte, die neue Arbeitsplätze schaffen, unterstützen.

Bis zu meiner Wahl in den Rat war ich Verbindungsglied zwischen Fraktion und Partei. Entscheidungen von größerer Tragweite habe ich in den Kreisverband eingebracht. Um nur ein Beispiel zu bringen – viele werden sich an die kontroversen Diskussionen um den Haushalt 2007 erinnern.

Viele kennen den Mittwochskreis. Dort treffen sich wöchentlich die Rats- und Ausschussmitglieder, die Sachkundigen Einwohner und interessierte Parteigenossen, um Ratsangelegenheiten zu besprechen.

Als die „Neue“ kann und muss ich von denen, die bereits im Rat sind, lernen, werde aber auch neue Impulse setzen. Denn: Wir streiten gemeinsam für eine lebenswertere Stadt.

## Jörg Detjen



Ich bin 56 Jahre, verheiratet. Ich lebe seit 1981 in Köln und beschäftige mich seitdem mit örtlicher Politik in der Stadt. Ich bin seit 1999 im Kölner Stadtrat und habe die ersten Schritte der Kommunalpolitik der PDS

und später der LINKEN in Köln mitentwickelt. Oppositionsarbeit heißt für mich konkretes Aufdecken von Missständen und Eintreten für soziale Gerechtigkeit.

2001 habe ich im Rat die GAG-Privatisierung erfolgreich mit verhindert, als nahezu Einziger die Crossborder-Leasing-Geschäfte kritisiert. 2003 hat die damalige PDS von Anfang an die Messegeschäfte der Stadt Köln angegriffen. In der zweiten Wahlperiode von 2004 bis 2009 konnte ich als Fraktionsvorsitzender diese Politik fortsetzen. Im Rahmen wechselnder Mehrheiten konnten wir als parlamentarische Vertretung sozialer Bewegungen zahlreiche Verbesserungen für die Kölnerinnen und Kölner durchsetzen. 22 wichtige linke Forderungen, so der Köln-Pass, 100 Ausbildungsplätze und eine 6 % Ausbildungsquote, das Denkmal für Deserteure oder die Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextratismus und vieles mehr.

Kommunalpolitik ist vielfach auch praktisches Abwägen. Heute, in der Krise, sehe ich meine Aufgabe darin, soziale Standards zu verteidigen. Nur mit politischer und finanzieller Investition in Bildung, Integration und Demokratie kann sich Köln in der rheinischen Metropolenregion weiterentwickeln und die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern, Niederlande, Belgien und Frankreich ausbauen. So kann Kommunalpolitik auch zu einem Stück Friedenspolitik werden, gegen Rassismus und Rechtsentwicklung.

## Özlem Alev Demirel



Ich bin 25 Jahre alt. Geboren wurde ich in Malatya (Türkei). 1989 flüchtete meine Familie nach Deutschland. Seit 2004 studiere ich Politikwissenschaften, Komparatistik und VSWG. Im

Wintersemester 2009/2010 mache ich meinen Abschluss. Von 1999 - 2003 war ich Vorstandsmitglied in der BezirksschülerInnenvertretung Köln, bis 2004 Landesvorstandsmitglied der LandesschülerInnenvertretung NRW. Von 1999-2004 gehörte ich dem Bundesvorstand der DIDF-Jugend an. Seit 2004 bin ich Mitglied im Rat der Stadt Köln, im Ausschuss Schule und Weiterbildung und stellv. im Integrationsrat, zeitweilig im Jugendhilfe- und Sportausschuss. Von 2007 bis 2008 war ich Mitglied im Koordinierungskreis europäischer Friedensrat Türkei. Seit Februar 2009 bin ich Mitglied im Koordinierungskreis der LAG Migration, Integration und Antirassismus der LINKEN NRW.

Meine inhaltlichen Schwerpunkte sind: Bildungspolitik, Migrations- und Integrati-

onspolitik, Antirassismus- und Antifaschismusarbeit.

Ich trete für eine soziale und solidarische Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleichberechtigt sind und nach ihren Bedürfnissen leben können. Parlamentarische Auseinandersetzungen können erst dann erfolgreich sein, wenn sie mit außerparlamentarischem Widerstand verzahnt werden. Daher ist keine Stellvertreterpolitik, sondern die Selbstorganisation von betroffenen Menschen notwendig. Um hierfür zu streiten und meinen Beitrag zu leisten, habe ich 2004 für den Rat der Stadt Köln kandidiert.

## Claus Ludwig



Ich bin 42 Jahre, arbeite als Medien-Sachbearbeiter bei der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) in Hennef, und wohne in Kalk. Zudem bin ich Mitglied in der Gewerkschaft ver.di und der

SAV (Sozialistische Alternative).

Ich vertrete die LINKE. erneut im Finanzausschuss des Rates. In den letzten Jahren war ich immer wieder mit dem Skandal um die Messehallen befasst, dazu recherchiert und publiziert.

2007 habe ich die Initiative „Bäder für Alle“ mit ins Leben gerufen, die – vorläufig – erfolgreich die Schließung des Nippes-Bades verhindert hat.

Im Zug der kapitalistischen Wirtschaftskrise ist auch der städtische Haushalt ins Minus gerutscht. Sie werden die Kosten der Krise der Bevölkerung, den Arbeitenden und Erwerbslosen auferlegen. Doch auch hier gilt das Motto: „Wir zahlen nicht für die kapitalistische Krise!“ Wir haben sie nicht verursacht. Wenn Geld in den städtischen Kassen fehlt, dann sollen die Reichen dafür zahlen. Die Aufgabe der LINKEN ist, im Rat gegen sämtliche Kürzungen zu Lasten der Bevölkerung zu argumentieren und gleichzeitig den außerparlamentarischen Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten zu befördern.

Ich setze mich für jede noch so kleine Verbesserung für die Menschen im Veedel ein. Aber der Kapitalismus kann nicht in ein soziales, menschliches System verwandelt werden. Wir müssen ihn abschaffen. Ich trete für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum überführt werden, unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten.

# Bezirksvertreter stellen sich vor

## ■ BV 1 - Innenstadt

### Peter Löwisch



Geboren 1945, Gründungsmitglied der WASG und Mitglied der LINKEN seit der Vereinigung der zwei Parteien (WASG/PDS) zur LINKEN. Bis zu meiner Wahl zum Bezirksvertreter Mitglied im

Vorstand der Kölner LINKEN. Seit dem 1.1.2008 Mitglied im Beschwerdeausschuss (das auch in der neuen Ratsperiode) und bei der Kommunalwahl 2009 wurde ich dann zum Bezirksvertreter gewählt. Leider haben wir es verpasst, als Fraktion in die BV 1 einzuziehen. Die BV setzt sich zusammen aus 7 Grünen, 4 Sitze SPD, 4 CDU, 2 FDP und einer „Pro Köln“ (leider). Als Bezirksbürgermeister wurde Andreas Hupke von den Grünen gewählt.

Für die Arbeit in der BV ist es wichtig, dass ich Basisverankerung habe. Deswegen wurde eine AG Innenstadt eingerichtet, die am 19.11. im Parteibüro um 19 Uhr zum ersten Mal tagt. Jeder, der mitmachen will, ist eingeladen.

Vorerst findet ein monatlicher Bürgerstammtisch nur im Kölner Norden statt, jeden ersten Donnerstag im Monat um 19 Uhr. Der erste am 5.11. fand in der „Schreckenskammer“ statt, wird aber ab Dezember aus organisatorischen Gründen in ein anderes Lokal verlegt. Bitte bei mir nachfragen. Termine: 3.12.2009; 7.1.2010; 4.2.2010; 4.3.2010.

Ich verstehe meine Arbeit in der BV so, dass ich eine rein sach- und bürgerbezogene Politik machen werde, die ich auch öffentlich machen werde.

Kontakt: Peter-Chr. Löwisch, Eintrachtstr. 72-78, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 37 82 oder 0172/457 91 83, Email: dielinke@medien-loewisch.de

## ■ BV 2 – Rodenkirchen

### Berthold Bronisz

Ich bin 47 Jahre alt, bin gelernter Bürokaufmann und habe eine 22-jährige Tochter. In unserem Kreisbüro habe ich bis vor kurzem die Rechner betreut und manchmal funktionierten sie auch danach.

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft Ver.di, war Initiator und Gründungsmitglied des Betriebsrates bei Conrad-Electronic in Köln und in Folge auch 2 Jahre BR-Vorsitzender. Wegen einer über ein Jahr

dauernden Krankheit wurde ich 1998 erwerbslos. Im Zuge der Agenda 2010 kam auch ich zwischen 2005-2007 in den „Genuss“ der Folgen von Hartz IV mit allen „Schikanen“. Seit Juni 2009 bin ich wieder „Genießer“. Von daher weiß ich, was es bedeutet, nicht nur ALG II-Empfänger zu sein, sondern kenne auch alle damit verbundenen Nachteile.

Seit Gründung der WASG als Verein bin ich Mitglied und habe sowohl die Gründung der WASG als Partei, als auch die Fusion mit der PDS, aus der dann „DIE LINKE“ hervorging, befürwortet und unterstützt.

Ich wollte mich schon immer aktiv in die Politik einbringen. Um mitzuhelfen, zumindest auf kommunaler Ebene ein wenig die Not zu lindern, die manche Menschen haben bzw. haben werden, habe ich mich entschlossen, als Bezirksvertreter zu kandidieren. Es gibt viel zu tun. Aktuell steht der Kampf gegen die drohende Schließung der Sparkassenfiliale in Weiß ganz oben auf der Liste.

Sicherlich habe ich noch Einiges zu lernen. Und sicherlich werde ich auch Einiges an Lehrgeld zahlen müssen. Aber sicher ist auch, dass ich mit meiner Aufgabe wachsen und möglichst viel aus unserem Kommunalwahlprogramm durchsetzen werde.



## ■ BV 3 – Lindenthal

### Lothar Müller



Ich bin 1951 geboren. Seit 1972 lebe ich in Köln, seit 1975 im Stadtbezirk Lindenthal. Ich habe Volkswirtschaft studiert und bin von Haus aus Schuldnerberater. An der Uni

Köln habe ich mich bei der Juso-Hochschulgruppe in der Hochschulpolitik engagiert. Als AstA-Vorsitzender führte ich in den bewegten 70ern eine Koalition aus Jusos, SHB und MSB Spartakus. Nach 30 Jahren in der SPD trat ich im Zuge des Kölner Spendenskandals aus. Bei der LINKEN fand ich eine neue politische Heimat und trat auf dem Gründungsparteitag ein.

Ich engagiere mich im Ortsverband in Lindenthal und kenne aus vielen Jahren politischer Arbeit vor Ort die Probleme im Veedel. Im Kommunalwahlkampf habe ich zusammen mit dem Ortsverband auf einer Fahrradtour die typischen Problemfelder noch einmal deutlich unter die Lupe genommen.

Eine wichtige Frage für den Bezirk ist die Zukunft des Geländes des Kinderheims in Sülz. Steigende Mieten verdrängen in Klettenberg und Sülz die alteingesessene Bevölkerung. Die Kreuzung Militäring/Luxemburger Straße ist eine der schrecklichsten Kreuzungen in ganz Köln. Viele Studenten kommen mit dem Fahrrad zur Uni, aber die Radwege sind in einem katastrophalen Zustand.

Diesen und anderen Problemen werde ich mich in der Bezirksvertretung widmen. Doch LINKE Politik ist keine Ein-Mann-Show. Ich möchte alle Interessierten in einen AK „Kommunales im Stadtbezirk Lindenthal“ einbinden. Dort findet jeder die Möglichkeit, Bezirkspolitik mit zu gestalten.

## ■ BV 4 – Ehrenfeld

### Yesim Yesil-Bal

Ich bin 34 Jahre alt, verheiratet und bekomme im März mein erstes Kind. Gerade mache ich mein Examen in politischer Wissenschaft. Ich arbeite außerdem für den Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald.



Mein politisches Leben begann im Betriebsrat am Flughafen Köln-Bonn. 8 Jahre lang war ich Mitglied, zuletzt als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Dort habe ich mich aktiv in die Aushandlung von Betriebsvereinbarungen eingebracht und nebenbei Mitarbeitern beratend zur Seite gestanden. Dort habe ich gelernt, wie wichtig politische Beteiligung ist, denn nur so kann man etwas bewegen.

In die Bezirksvertretung Ehrenfeld wurde ich nun zum 2. Mal gewählt. 2004 bin ich dort für die PDS eingezogen. Schwerpunkt meiner Arbeit war der Kampf gegen die rassistische Hetze von „Pro Köln“, die den Neubau der DITIB-Moschee benutzen, um Stimmung gegen Migranten zu machen. Aber auch Jugendarbeit, Integration und Frauenpolitik liegen mir sehr am Herzen.

In den nächsten fünf Jahren habe ich und unser Ehrenfelder Ortsverein uns zum

Ziel gesetzt, für die Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs, die Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher in Ausbildung, eine bessere Infrastruktur für Senioren und gegen Ein-Euro-Jobs im Veedel zu kämpfen.

Im Moment bin ich über das Ratsbüro zu erreichen.

## ■ BV 5 – Nippes

### Andree Willige

Ich bin 50 Jahre alt und arbeite als Angestellter. Von 1980 bis 88 war ich Mitglied im SHB, die letzten vier Jahre davon im Asta der FH in Köln. Von 1977 bis 99 war ich Mitglied der SPD.



Dann bin ich wegen der Mitverantwortung der SPD für die NATO-Bomben auf Belgrad ausgetreten. Seit 2005 gehöre ich der WASG, dann der LINKEN an. Ich bin Sprecher des Ortsverbandes Köln-Nord, Mitglied bei Ver.di, den Naturfreunden und den Freidenkern.

2008 wurden 861 Kinder, die auf die Gesamtschule gehen wollten, abgelehnt, da nicht genug Plätze an den Gesamtschulen in Köln vorhanden waren. Die BV Nippes hat am 12.10.2009, natürlich mit der Unterstützung der LINKEN, beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, alles in die Wege zu leiten, so dass zum Schuljahr 2010/2011 in Nippes eine neue Gesamtschule errichtet wird. Damit ist ein entscheidender Schritt für eine Gesamtschule im Kölner Norden unternommen worden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Schule auch Realität wird.

Auch im Kölner Norden hat sich „Pro Köln“ breitgemacht. Gemeinsam mit allen Antifaschisten und mit möglichst allen demokratischen Parteien sollten wir uns gegen diese Elemente wenden. Ich werde in, aber auch außerhalb der BV diese Auseinandersetzung mit allen meinen Kräften unterstützen.

## ■ BV 6 – Chorweiler

### Dieter Wernig

Seit der Kommunalwahl im September 2004 (wiedergewählt im August 2009) halte ich ein Einzelmandat für DIE LINKE (davor PDS) in der Vertretung eines Bezirks mit 12 Stadtteilen, die außerordentlich unterschiedlich strukturiert sind – von der Neuen Stadt Chorweiler mit hohem Erwerbslosen- und Migrantanteil bis zu alten, gewachsenen Dörfern wie Worringen oder Fühlingsen mit niedrigen entsprechenden Anteilen.

Geboren im Jahre des Unheils 1941 bin ich zur Zeit ein echter 68er. Schon Mitte der 50er Jahre als Schüler eines westfälischen Gymnasiums wurde ich durch eine Reihe von rehabilitierten



NS-Lehrern politisch aufgeschreckt, trat zu Beginn meines Jurastudiums in den Liberalen Studentenbund ein und wurde am Anfang meines Zweitstudiums (Politik und internationale Beziehungen) in Southampton Mitglied der studentischen Organisation der britischen Liberalen Partei. Ab 1970 folgten Mitgliedschaften in der FDP (bis 1972), in der SPD (bis 1982) und in der PDS/DIE LINKE (ab 1998).

Nach 18 Monaten als Übersetzer und Sprecher beim Deutschen Dienst der BBC in London kehrte ich im Herbst 1970 in die Bundesrepublik zurück, wo ich nach einem kurzen Gastspiel bei der Deutschen Presseagentur in Hamburg im Mai 1971 Redakteur bei der Deutschen Welle in Köln wurde. Meine hauptberufliche journalistische Tätigkeit beendete ich als Leiter des Englischen Hörfunkprogramms, bzw. als Leitender Redakteur im Europaprogramm nach 35-jähriger Tätigkeit für die Deutsche Welle im April 2006.

Neben meiner Tätigkeit als Bezirksvertreter arbeite ich im Vorstand des OV Köln-Nord, der Landesarbeitsgemeinschaft Kunst, Kultur, Medien und dem entsprechenden Arbeitskreis des Kölner Kreisverbandes mit und bin Mitglied von Ver.di (vorer RFFU und IG Medien).

## ■ BV 7 – Porz

### Karl Eberle

Ich bin 68 Jahre alt, war verheiratet, habe 2 Söhne und 2 Enkelkinder, bin stolzer Großvater. Nach dem Besuch der Volksschule begann ich eine Lehre als Bau- und Betriebschlosser. Mit 21 Jahren erlernte ich den Beruf des Krankenpflegers und übte diese Tätigkeit bis zu meiner Verrentung aus.



Seit Beginn meines Arbeitslebens war und bin ich Gewerkschaftsmitglied gewesen. Der Schwerpunkt meiner Aktivitäten lag in der Bekämpfung von Arbeitsunfällen und Verbesserung der Arbeitssicherheit. Ich wurde als Arbeitnehmervertreter in den Vorstand der zuständigen Berufsgenossen-

schaft berufen, in der ich 20 Jahre tätig war. Im Betrieb wurde ich freigestelltes Personalratsmitglied, so konnte ich 12 Jahre in betrieblichen Ausschüssen und Arbeitsgruppen Gesundheitsschutz mitgestalten.

Meine politische Meinung war immer klar: Mein Herz schlägt links!! Seit meinem Un-Ruhestand habe ich die Vereinigungsbemühungen der LINKEN verfolgt und für gut geheißen. Seit mehr als einem Jahr habe ich mich den Genossen in Porz angeschlossen und arbeite nun aktiv im Vorstand des Ortsverbandes Porz/Poll.

Nun wurde ich zum Bezirksvertreter in Porz gewählt. Die Bezirksvertretung Porz hat sich eine rot/rot/grüne Entscheidungsmehrheit gegen schwarz/gelb gewählt.

## ■ BV 8 – Kalk

### HP Fischer

Mitarbeiter der Ratsfraktion DIE LINKE., geboren 1967 in Köln-Kalk, verheiratet, zwei Töchter.

Ich bin auf der Schäl Sick aufgewachsen und habe dort mein bisheriges Leben verbracht.



Die Schäl Sick ist mein Zuhause und deswegen bin ich auch Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Rechtsrheinisches Köln e.V. Mein Lehrberuf Gärtner sowie mein Studium der Sozialpädagogik im Bereich Umwelt zeigen meine Verbundenheit zum Thema Umweltschutz. Für DIE LINKE. bin ich seit dem 22.10.2009 Mitglied in der Bezirksvertretung Kalk.

Seit meiner mehrjährigen Erwerbslosigkeit bin ich in Erwerbsloseninitiativen wie den „Die KEAs e.V.“ aktiv, obwohl ich mittlerweile längst wieder erwerbstätig bin.

Die Kombination aus Umweltschutz/Ökologie und Sozialem bietet eine bisher zu kurz gekommene Sichtweise. „Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“, schrieb Albert Einstein.

Ohne Arbeit muss man leben können – mit Arbeit auch! Viele Jugendliche werden weder einen Ausbildungsplatz noch eine Arbeitsstelle haben. Viele wachsen unter schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen auf, weil ihre Eltern schon arm sind. Sie erleben sich als verlorene Generation. Das zu ändern ist unsere Aufgabe!

Als LINKE werden wir vor Ort zu den Menschen stehen und darauf hinwirken, dass die sozialen und ökologischen Probleme thematisiert, abgemildert und beseitigt werden. Dafür kämpft DIE LINKE. – dafür kämpfe ich!

Kontakt: HP.Fischer@koelnbrueck.de

# Aus den Bezirksvertretungen

## ■ Innenstadt

### Klingelpützpark und kein Ende

Am 9. November tagte der Planungsbeirat zur Bildungslandschaft-Nord ein letztes Mal. Skandalös war dabei die Benachteiligung der Anwohner. Die Verwaltung sprach im Zuge der vier Sitzungen alles im Vorgriff mit den Vertretern der Bildungseinrichtungen ab. Diese Absprachen bekamen dann die Anwohnervereine erst während der jeweiligen Sitzung zur Kenntnis. Die von der Verwaltung eingesetzte Mode-



ratorin gab durch ihre Einlassungen deutlich zu verstehen, dass sie inhaltlich auf der Seite von Verwaltung und Bildungseinrichtungen steht, also alles andere als neutral ist, was für eine Moderation aber eine grundlegende Notwendigkeit ist.

Auf der zweiten Sitzung hatte man sich schon fast auf ein Modell geeinigt. Nun wurde das von der Verwaltung konterkariert, indem sie das Architektenteam ohne jegliche Not beauftragte, einen weiteren Vorschlag zu erarbeiten. Die Folge davon war, dass der in Aussicht stehende Kompromiss verworfen wurde und der Streit über die Größe der Bebauung wieder voll aufflammte. Dieser neue Entwurf sah nun vor, einen Betonriegel zwischen Gereonswall und Klingelpützpark zu erstellen, welcher in den Fuß des Hügels hineinragt, der nach den politischen Entschlüssen der jeweiligen Gremien nicht angetastet werden darf.

Auf der Sitzung am 9.11. kam es dann so, wie es kommen musste. Ein Kompromiss war nicht möglich. Es wurde über zwei Planungsvarianten abgestimmt, was dann unentschieden ausging. In der Variante 1 war nur ein minimaler Eingriff in die Parklandschaft vorgesehen, keine Bebauung im oder am Hügel, keine Überbauung der tief liegenden Turnhalle und kein Erweiterungsbau des Jugendzentrums. In der zweiten Variante soll eine Art Betonriegel zwischen Gereonswall und Park gebaut werden, der 90 Meter lang und 11 Meter breit

und in der Höhe variierend bis zu 15 Meter (2-3 Stockwerke) geplant ist. Außerdem würde die tief liegende Turnhalle überbaut werden. Das Jugendzentrum erhielt einen Erweiterungsbau.

Bei der ersten Variante fallen den Baumaßnahmen weniger Bäume zum Opfer. Der Park und insbesondere der Hügel bleiben unangetastet. Insgesamt fällt weniger Parkfläche weg.

Die Anwohner im Beirat hatten eine Stellungnahme erstellt. Ihr wurde die Aufnahme ins Protokoll der Sitzung durch die Moderatorin verweigert, sehr zum Ärger der Autoren.

Verwunderlich ist es, dass die Stadt am 11.11. eine sachlich unrichtige Pressemitteilung herausgab, die von drei Varianten sprach. Diese wurde dann nach Intervention des Vorsitzenden des Planungsbeirates berichtigt. Über eine dritte Variante wurde weder diskutiert, noch wurde sie abgestimmt. Diese wurde von der Moderatorin in Auftrag gegeben, sozusagen als Kompromissvariante, die aber von den Beiratsmitgliedern als unerheblich angesehen wurde.

Zwei Lösungen bieten sich jetzt der Politik an. Entweder wird die Verwaltung beauftragt, die Variante 1 umzusetzen, da diese den Vorgaben der Politik am weitestgehenden entspricht. Oder dem Planungsbeirat wird die Aufgabe, einen tragfähigen Kompromiss zu finden, zurückgegeben und er muss sich – dann allerdings mit einer anderen Moderation – erneut mit der Planung befassen. *Peter Löwisch*

## ■ Kalk

### Was ist mit dem Spielplatz Merheimer Heide?

Circa 200 Meter Luftlinie östlich des Flughafenstadions liegt oder lag in der Merheimer Heide ein Spielplatz. Er war zwar nicht übermäßig toll möbliert, aber doch mit einer vielseitigen Holzkonstruktion, zum Klettern und Rutschen, mit überdachter „Aussichtsplattform“ und umliegenden kleineren „Spiralwippen“ u. ä. Alles stand auf einem großen Sandplatz, in dem die Jüngsten ihre „Plätzchen backen“ konnten, während die älteren Kinder im angrenzenden Wald in den alten Bäumen kletterten oder sich verstecken konnten und Eltern, Großeltern und andere auf den Bänken saßen und miteinander redeten.

Nicht nur für Eltern und Großeltern von Kindern zwischen 1 und 10, sondern auch für Gruppen (Kindergärten, Grundschulen) war er das attraktive Ziel von Spaziergängen zur und durch die Merheimer Heide.

Pünktlich zu den Sommerferien 2009 wurde alles bis auf eine einsame Wippe abgebaut, sodass gerade die Kinder, deren Eltern sich keinen Ferienurlaub leisten können, dieses Ziel nicht mehr hatten.

Inzwischen ist der Sand bis über den Gehweg hin verstreut, sodass sogar angeleinte Hunde hier gern das Beinchen heben, da die Grenze zum Spielplatz weder für HalterIn noch Hund erkennbar ist.

Am 23.6.09 waren Jugendhilfeausschuss und Finanzausschuss in einer Liste mit über 100 Spielplätzen darüber „informiert“ worden, dass die Kletterkombination mit Rutsche aus Sicherheitsgründen abgebaut worden war. Seit dem herrscht Stillstand. Darum stellte DIE LINKE. in der BV 8 eine entsprechende Anfrage, deren Beantwortung zur nächsten Sitzung zugesagt ist. *HP Fischer*

Der Oberbürgermeister

Stadt Köln

Kölner Bürgerhaushalt - Deine Stadt, Dein Geld



Am 17. November startete das Bürgerhaushaltsverfahren für den Haushalt 2010 mit einer Bürgerversammlung im Gürzenich. Jetzt können sich bis zum 20. Dezember 2009 wieder alle Kölnerinnen und Kölner aktiv an der Haushaltsplanung beteiligen.

Im April 2010 wird dann voraussichtlich der Finanzausschuss die Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren beraten und im Mai 2010 der Stadtrat darüber beschließen.

Formulare für schriftliche Vorschläge sind telefonisch unter 0221-221-33330 oder als Download unter [www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt](http://www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt) zu erhalten. Über das städtische Call-Center können auch telefonisch Vorschläge gemacht werden. Unter [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de) kann jede/r auf einer speziellen Plattform an einer moderierten Diskussion über die Themen Bildung/Schule und Umweltschutz teilnehmen.

Kölner Bürgerhaushalt  
Deine Stadt, Dein Geld

# Der neue Kinder- und Jugendförderplan – kein Blick in die Zukunft

Ein lebhaftes Echo fand eine städtische Fachveranstaltung über den Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan unter dem Titel „Kompetenzen stärken – Profile schärfen“ am 6. November. Im voll besetzten Ratssaal begrüßte der neue OB Roters die Expertenrunde und unterstrich den hohen Stellenwert, den er der Kinder- und Jugendarbeit beimisst.

Die Struktur der Veranstaltung sah für den Vormittag nach den Grußworten und drei Fachvorträgen eine Filmsequenz über Jugendliche in Kölner Problemvierteln sowie für den Nachmittag nach vier Workshops und einem weiteren Fachvortrag ein Abschlussplenum mit dem verheißungsvollen Titel „Der neue Kinder- und Jugendförderplan – ein Blick in die Zukunft“ vor.

Inhaltlich hervorzuheben sind die Vorträge „Segregation in den Großstädten am Beispiel Köln“ von Prof. Strohmeier (Ruhr-Uni Bochum) und „Warum wir weiterhin gute Jugendarbeit brauchen“ von Prof. Sturzenhecker (Uni Hamburg).

Ausgehend von Zahlen und Fakten zu Disparitäten im Kölner Raum hob Strohmeier hervor, wie wichtig in der Kinder-

und Jugendarbeit das Organisieren von Erfahrungen, vor allem von Gemeinschaftlichkeit, Solidarität und eigenen Erfolgen (Kompetenzbewusstsein) ist. Sturzenhecker betonte die soziale Relevanz von Anerkennung (Liebe, Rechte, Solidarität), Ressourcen (soziale und persönliche, Leistungs- und soziale Erfolge) sowie Demokratieerfahrungen. In einem dritten Referat legte Prof. Schäfer für das NRW-Familienministerium dar, dass in demografischer Hinsicht die Jugend zur Minderheit werde, woraus sich seines Erachtens die Legitimiertheit knapper Mittel in der Kinder- und Jugendarbeit ergibt.

Die Schwerpunkte der Workshops waren Mobilität und Segregation, Partizipation, Perspektive und Arbeit sowie Gewaltprävention.

Den Berichten aus den Workshops folgten im abschließenden Plenum Statements der Ressortchefin Frau Dr. Klein, von VertreterInnen der LINKEN, von SPD und FDP sowie der Liga der Wohlfahrtsverbände. Dabei – wie auch in den Workshopberichten – wurden durchaus richtige Gedanken und Forderungen vorgetragen. Der Themenstellung des Abschlussplenums

wurde dies alles aber nicht gerecht: Weder wurde ein „Blick in die Zukunft“ erkennbar, noch wurden die Konturen des neuen Kinder- und Jugendförderplans umrissen.

Mit diesem grundsätzlichen Defizit setzte sich ein Mangel fort, der schon den vorab veröffentlichten Bericht zum Kinder- und Jugendförderplan 2007 - 2009 gekennzeichnet hatte: Dort war zwar eine Fülle von Leistungsbeschreibungen und Sachinformationen zusammengetragen. Sie waren aber nicht hinsichtlich der Planvorgabe evaluiert worden. So wurden weder der Grad noch die Ursachen von Abweichungen deutlich. Damit aber fehlt eine entscheidende Vorleistung für eine sach- und situationsgerechte Weiterentwicklung des bisher geltenden Plans für die kommenden Jahre.

Der angekündigte „Blick in die Zukunft“ blieb im Nebel. Für den neuen Jugendhilfeausschuss stellt sich also jetzt die Aufgabe, die notwendige Klarheit einzufordern und auf dieser Grundlage dem neuen Kinder- und Jugendförderplan verlässliche Konturen zu verleihen.

Oswald Pannes,  
Claudia Trappe-Nolden

Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden die Hortplätze sukzessive abgebaut. Offene Ganztagsgrundschulen traten an diese Stelle. Der Grund für diesen Systemwechsel war in erster Linie ein finanzieller, kostet ein Platz in der Offenen Ganztagsgrundschule doch nur rund ein Drittel eines Hortplatzes. Dementsprechend schlechter ist die pädagogische Qualität.

Bisher konnte die Kommune beim Abbau der Hortplätze immer den schwarzen Peter an das Land weiterreichen. Das, so die Lesart der letzten Jahre, stellt die Förderung von Hortplätzen 2010 endgültig ein. Allein Horte in „sozialen Brennpunkten“ wurden noch bis nächstes Jahr gefördert, in Köln noch rund 700 Plätze. Nun haben die Hortbetreiber aber genauer in den entsprechenden Landeserlass geschaut und herausgefunden, dass das Land weiterzahlen würde, wenn diese Hortgruppen „überwiegend Kinder aus anerkannten sozialen Brennpunkten“ betreuen.

Befürworter der Offenen Ganztagschule, wie man sie z. B. in der SPD und den Grünen findet, argumentieren: Bei einer Weiterführung der Horte bleiben arme Kinder weiter unter sich. In der Offenen Ganztagschule dagegen soll eine ausgewogene soziale Mischung entstehen, Schluss sein mit der Ghettoisierung. Klingt nach einem linken Argument. Ist es aber nicht.

## Kein Platz für schwierige Kinder? Horte stehen vor der Schließung



Denn die Realität sieht anders aus. In der Offenen Ganztagschule kümmert sich eine Fachkraft und eine i. d. R. ungelernete Kraft um eine Gruppe von 25 Kindern. Vorbereitungszeit oder Zeit für Elternarbeit gibt es nicht, ebenso wenig Ersatz für kranke KollegInnen. Solange die Kinder relativ „pflegeleicht“ sind, scheint dieses System noch zu funktionieren. Mit schwierigen

Kindern ist es sehr schnell überfordert.

Eigentlich sollte jedes Kind, das will, die OGTS besuchen. Doch Träger entlassen immer wieder „ungeeignete“ Kinder, die dann im System nicht mehr auftauchen.

Eine verantwortliche und menschliche Kinder- und Jugendpolitik muss sich aber um jedes Kind kümmern, um die benachteiligten sogar stärker. Dazu gehört auch, mehr Geld für diese Kinder bereitzustellen, das in einen höheren pädagogischen Standard fließen muss.

Dass kann auch in der Offenen Ganztagschule passieren, wie es z. B. die Caritas als Hortbetreiber vorschlägt. An einzelnen Schulen mit besonders großen Problemen einen höheren Standard, also mehr Personal vorzuhalten, macht sinnvolle pädagogische Arbeit, die z. B. Eltern einbeziehen kann, oft erst möglich.

Doch das bei dem großen Loch im kommunalen Haushalt durchzusetzen, scheint schier unmöglich. Trotzdem darf DIE LINKE nicht aufhören, bessere Standards für benachteiligte Kinder zu fordern. Das ist die Voraussetzung für die so viel beschworene Chancengleichheit, die für LINKE auch nur der Anfang der Gerechtigkeit ist.

Andrea Kostolnik

# Platzj abbeck

Bitte **kosten** los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de    V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Kölner Jugend streikt – Bildungsgerechtigkeit jetzt!

Viele junge Menschen verlieren langsam die Geduld mit dem schlechten Bildungssystem in Deutschland. Bundesweit demonstrierten am 17. November im Rahmen des „Bildungsstreiks“ bis zu 100.000 Schüler/innen, Azubis und Studierende für ihre Rechte. Über 5000 waren allein in Köln auf die Straße, um kostenlose Bildung von der KITA bis zur Hochschule zu fordern.

Während ihres Demonstrationzuges durch das Kölner Bankenviertel wurde kritisiert, dass die Politik innerhalb weniger Tage mehrere Milliarden Euro für die Rettung der Geldinstitute zur Verfügung gestellt hat. Es ist heuchlerisch, Studierenden und SchülerInnen jahrelang zu erzählen, dass kein Geld für die Bildung da ist und dann in einer Nacht- und Nebelaktion Milliarden für die Banken zu beschaffen! Deshalb fordern die DemonstrantInnen zu Recht, mehr Geld für die Bildung auszugeben statt für Banken und Rüstung!

Die Demonstrantinnen fordern aber nicht nur mehr Geld, es geht auch um eine



grundlegende Erneuerung des Bildungssystems: Die Mitbestimmung der Lernenden muss auf allen Ebenen ausgebaut werden. Die Klassen müssen kleiner werden, mehr Lehrer müssen eingestellt werden.

DIE LINKE. wird sich in Köln für eine weitere Gesamtschule einsetzen, um die große Nachfrage nach Gesamtschulplätzen befriedigen zu können. Im Land NRW werden wir weiter für eine Schule für Alle bis zum 10. Schuljahr kämpfen.

Am Kämpfen gehindert wurden – wie

bereits bei Aktionen des ersten Bildungsstreiks in Köln – die Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums. Hier hat die Schulleitung das Schulgebäude absperren lassen, damit sich Schülerinnen und Schüler nicht an den Aktionen beteiligen konnten.

Das ist ein Skandal, denn Schulstreiker sind keine Verbrecher! Sie kämpfen für ein berechtigtes Anliegen sowie ihre Zukunft. Sie verdienen hierfür Solidarität und unseren Respekt. *Özlem A. Demirel*



Fotos www.arbeiterfotografie.com

## Termine ... Termine ... Termine ...

Di, 24.11., 18.30 Uhr  
AK Umwelt und Gesundheit  
Sitzungssaal der Fraktion

Do, 26.11., 19.00 Uhr  
AK Soziales/Senioren/Hartz IV  
Sitzungssaal der Fraktion

Do, 3.12., 19.00 Uhr  
Bürgersprechstunde Innenstadt  
mit Bezirksvertreter Peter Löwisch  
Ort steht noch nicht fest

Fr, 4.12., 16.30 Uhr  
AK Stadtentwicklung  
Sitzungssaal der Fraktion

Fr, 4.12., 15.00 – 16.00 Uhr  
Bürgersprechstunde Kalk  
mit Claus Ludwig, MdR  
Steprathstr. 11, Köln-Kalk

Fr, 11.12., 15.00 – 16.00 Uhr  
Bürgersprechstunde Kalk  
mit HP Fischer, Bezirksvertreter  
Steprathstr. 11, Köln-Kalk